

## **Der Bund lebt über seine Verhältnisse**

Ausgabentreiber Soziale Wohlfahrt

---

# dossierpolitik

---



## Der Voranschlag 2004 des Bundes

Der Bundeshaushalt befindet sich in arger Schieflage. Das Budget 2004 weist einen Fehlbetrag von 3,5 Mrd. Franken aus. Zwar wachsen die Ausgaben im kommenden Jahr insgesamt nur moderat. Längerfristig bleiben die Perspektiven besorgniserregend. Bei den Einnahmen mussten die zu optimistischen Schätzungen für 2003 korrigiert werden. Wichtige Einnahmenquellen haben sich als stark volatil erwiesen, weil sie in erheblichem Mass von der Entwicklung an den Finanzmärkten und dem Geschäftsgang der Unternehmen abhängen. Schulden und Zinslast steigen. Sorgen bereitet die Entwicklung bei den Sozialausgaben, die weit überdurchschnittlich zunehmen. Die Schuldenbremse zwingt zum Handeln. Das Entlastungsprogramm 2003 ist ein erster Schritt. Trotzdem bleibt eine beträchtliche Sanierungslücke bestehen, welche auf der Ausgabenseite Strukturreformen erfordert.

Der Bundeshaushalt befindet sich in arger Schieflage. Zwar wachsen die Ausgaben insgesamt nur moderat. Infolge des markanten Einbruchs bei den Einnahmen resultiert im Budget 2004 dennoch ein Fehlbetrag von 3,5 Mrd. Franken. Wichtige Einnahmenquellen haben sich als stark volatil erwiesen, weil sie in erheblichem Mass von der Entwicklung an den Finanzmärkten abhängen. Schulden und Zinslast steigen. Sorgen bereitet die Entwicklung bei den Sozialausgaben, die weit überdurchschnittlich zunehmen. Die Schuldenbremse zwingt zu rigorosen Sparmassnahmen. Diese sollen mit dem Entlastungsprogramm 2003 umgesetzt werden. Trotzdem bleibt eine Sanierungslücke bestehen. Steuerentlastungen können die Wachstumsgrundlagen verbessern.

Im nächsten Jahr wird im Bundeshaushalt voraussichtlich ein tiefes Loch von 3,5 Mrd. Franken klaffen (vgl. nachstehende Tabelle). Im Voranschlag 2003 sah die Situation mit 246 Mio. Franken Defizit noch erträglich aus, doch auch dieses dürfte gemäss Schätzungen des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) auf 3 Mrd. Franken anwachsen. Die Ausgaben steigen 2004 gegenüber dem Budget 2003 um 0,6 Prozent. Diese – angesichts eines prognostizierten nominellen Wirtschaftswachstums von 1,8 Prozent und einer angenommenen Teuerung von 0,7 Prozent – bescheidene Zunahme kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der wichtigste Ausgabenposten Soziale Wohlfahrt aus dem Ruder läuft. Zudem ist gemäss letztem Finanzplan bis 2006 wieder mit einem erneuten Anstieg zu rechnen. Kombiniert mit dem teils konjunkturell, teils strukturell bedingten „Einbruch“ von 5,7 Prozent bei den Einnahmen trägt dieser Umstand massgeblich zum hohen Fehlbetrag in der Finanzrechnung bei.

Ein Aufwandüberschuss von 6,7 Mrd. Franken kennzeichnet die Erfolgsrechnung. Die unterschiedliche Entwicklung zur Finanzrechnung wird zu mehr als 80 Prozent durch die ausserordentlichen Abschreibungen von Atlas-

ten der Pensionskassen von Bund, SBB und Post erklärt. Ferner spielen buchungstechnische Faktoren eine Rolle, insbesondere bei Darlehensrückzahlungen, die zwar kassenwirksame Einnahmen, aber keinen Ertrag darstellen.

### Kennzahlen: steigende Fieberkurve

Die Staatsquote des Bundes ist im langfristigen Vergleich deutlich gestiegen (vgl. Tabelle auf Seite 2). Gemäss Voranschlag 2004 gleitet sie nun vorübergehend etwas zurück, weil die Ausgaben aufgrund der getroffenen Annahmen weniger stark wachsen als die Wirtschaft. Bis zum Ende der kommenden Legislatur dürfte jedoch ohne massgebliche Korrektur auf der Ausgabenseite mit einem weiteren Sprung der Staatsquote gerechnet werden. Die Steuerquote des Bundes steigt im Vergleich zur Rechnung 2002 leicht auf 10,4 Prozent. Nur der durch die lahrende Konjunktur und die Entwicklung an den Finanzmärkten verursachte „Einbruch“ bei den Steuererträgen verhindert eine im Voranschlag 2003 noch vorgesehene Steuerquote von nicht weniger als 11,3 Prozent.

Eine markant steigende Fieberkurve ist im Bereich der

### Voranschlag 2004 im Überblick

Finanzrechnung	V 2004	V 2003	R 2002
Ausgaben	51'410	51'102	50'722
Einnahmen <sup>(1)</sup>	47'944	50'856	47'405
Ergebnis	-3'466	-246	-3'317
<b>Erfolgsrechnung</b>			
Aufwandüberschuss	-6'694	-3'185	-7'199

V = Voranschlag

R = Rechnung

<sup>1)</sup> Ohne Verkaufserlöse Swisscom-Aktien

Verschuldung festzustellen. Hauptsächlich als Folge des Defizits in der Finanzrechnung sowie der Vorschüsse und Darlehen (welche wahrscheinlich nie zurückbezahlt werden) an den Fonds für Eisenbahngrossprojekte nähern sich die Bundesschulden 2004 der Marke von 130 Mrd. Franken. Im Verhältnis zum BIP resultiert daraus eine Verschuldungsquote des Bundes von rund 30 Prozent. Dies ist das 2,5fache der Quote zu Beginn der 90er Jahre (12,1 Prozent). Die Zinslast ist mit 3,8 Mrd. Franken drückend. Pro Tag sind dafür 10,5 Mio. Franken zu berappen. Praktisch stabil geblieben ist der Anteil der direkten Steuern an den Gesamteinnahmen.

### Sozialausgaben quo vadis?

Zwar sollen sich die Gesamtausgaben nur moderat um 0,6 Prozent erhöhen. Einzelne Posten legen hingegen kräftig zu, allen voran die *Soziale Wohlfahrt* mit einer Zunahme gegenüber dem Budget 2003 von 4,4 Prozent auf 13,9 Mrd. Franken (vgl. Tabelle/Grafik Anhang 1). Sie bindet mit 27 Prozent der Gesamtausgaben weitaus am meisten Bundesmittel. Die Mehraufwendungen stehen in einem direkten Zusammenhang mit den steigenden Ausgaben der Sozialwerke. Über die Hälfte des Ausgabenzuwachses wird durch die Invalidenversicherung (IV) verursacht. Der Bun-

desbeitrag an die IV erhöht sich um 8,2 Prozent auf 4,3 Mrd. Franken. Eine steigende Lebenserwartung der Behinderten, mehr Neuinvalidisierungen und weniger Wiedereingliederungen sind die Gründe. Überproportional nehmen auch die Ergänzungsleistungen an die AHV/IV (+11,1 Prozent auf 621 Mio. Franken) und die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung (+97,6 Prozent auf 334 Mio.) zu. Nebst der höheren Arbeitslosenzahl verursacht die Erhöhung des Bundesbeitrags gemäss der 3. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Mehrausgaben.

Den grössten Ausgabenbrocken für den Bund bildet im Sozialbereich mit 5,2 Mrd. Franken die AHV. Der Bundesbeitrag an die AHV geht im nächsten Jahr um 0,9 Prozent zurück, weil wie in allen geraden Jahren keine Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung erfolgt. Zudem wurde im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 (EP 03) die Streichung des Sonderbeitrags zur Finanzierung des Rentenvorbezugs beantragt. Weitere namhafte Budgetposten im Sozialbereich sind die Prämienverbilligungsbeiträge im Betrag von 1,9 Mrd. Franken (+3,5 Prozent) in der Krankenversicherung und die Flüchtlingshilfe (1 Mrd. Franken, +1,8 Prozent).

Die unter der Rubrik Soziale Wohlfahrt verbuchten Ausgaben widerspiegeln die gesamten Aufwendungen des Bundes für den Sozialstaat nur zum Teil. Nicht inbegriffen

### Wichtige Kennzahlen des Bundes

	R 1990	R 2002	V 2004
<b>Staatsquote</b> (Verhältnis Gesamtausgaben/BIP in %)	10,0	12,2	12,0
<b>Steuerquote</b> (Verhältnis Fiskaleinnahmen/BIP in %)	9,2	10,3	10,4
<b>Überschuss-/Defizitquote</b> (Verhältnis Saldo der Finanzrechnung/BIP in %)	0,3	-0,8	-0,8
<b>Schulden</b> (Mio. Franken)	38'509	122'366	128'200
<b>Verschuldungsquote</b> (Verhältnis Schulden/BIP in %)	12,1	29,3	29,8
<b>Passivzinsen</b> (Mio. Franken)	1'832	3'764	3'822
<b>Zinslast</b> (Passivzinsen in % der Gesamteinnahmen)	5,6	7,9	8,0
<b>Anteil der direkten Steuern</b> (in % der Gesamteinnahmen)	32,9	29,4	29,8

V = Voranschlag

R = Rechnung

sind Transferleistungen an Sozialwerke aus zweckgebundenen Einnahmen. So wird das AHV-Mehrwertsteuerprozent (1,9 Mrd. Franken) als Anteil Dritter dem Aufgabengebiet Finanzen und Steuern zugerechnet.

### Höheres Gewicht für Bildung und Forschung

Bewusst Prioritäten werden bei den Aufgabengebieten *Bildung und Grundlagenforschung* sowie *Beziehungen zum Ausland* gesetzt. Diese beiden Bereiche legen um drei Prozent beziehungsweise um 2,7 Prozent zu. Im *Bildungs- und Forschungsbereich* mit einem Ausgabenvolumen von insgesamt 4 Mrd. Franken sind insbesondere mehr Mittel für die Grundlagenforschung (+4,5 Prozent auf gut 1 Mrd. Franken) vorgesehen. Die Bildung (+2,1 Prozent) ist mit 2,8 Mrd. Franken dotiert, davon 2,3 Mrd. für die Hochschulen (Bundeshochschulen 1,4 Mrd., kantonale Hochschulen 629 Mio., Fachhochschulen 240 Mio.). Die Berufsbildung (+3,8 Prozent) lässt sich der Bund 547 Mio. Franken kosten. Die *Beziehungen zum Ausland* beanspruchen 2,5 Mrd. Franken. Am gewichtigsten sind mit 1,4 Mrd. Franken die Aufwendungen für die Entwicklungshilfe. Diese verursacht zwei Drittel der Mehrausgaben. Für einen Drittel davon sind die politischen Beziehungen, die den Bund total 847 Mio. Franken kosten, verantwortlich.

Durch eine markante Abnahme von 4,6 Prozent fällt der Posten *Finanzen und Steuern* auf. Dieser Rückgang ist nicht auf Sparanstrengungen zurückzuführen, sondern erfolgt gewissermassen automatisch. Weil die Erträge der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer, an denen die Kantone beteiligt sind, deutlich tiefer budgetiert werden, schwinden auch die unter Finanzen und Steuern verbuchten Kantonsanteile an Bundessteuern. Die Anteile an der direkten Bundessteuer sinken um 450 Mio. auf noch 3,5 Mrd. Franken, jene an der Verrechnungssteuer um 119 Mio. auf 267 Mio. Franken. Eine gegenläufige Entwicklung ist dagegen bei den Schuldzinsen festzustellen. Sie verschlingen 3,8 Mrd. Franken, 4,4 Prozent mehr als gemäss Voranschlag 2003. Angesichts des wachsenden Schuldenbergs ist dies nicht weiter erstaunlich.

### Auftrieb bei Schuldzinsen und Personalausgaben

Die Gliederung nach Sachgruppen gibt Aufschluss über die Art der Ausgaben des Bundes (vgl. Tabelle/Grafik Anhang 2). Die gesamten Ausgaben unterteilen sich in laufende Ausgaben (Konsum) und Investitionsausgaben.

Auf die laufenden Ausgaben entfallen im Voranschlag 2004 fast neun Zehntel des Budgets. Gegenüber dem Budget 2003 legen sie um 0,6 Prozent zu. Der Löwenanteil der laufenden Ausgaben entfällt mit 52,4 Prozent auf Beiträge. Diese nehmen um 2,5 Prozent auf 27 Mrd. Fran-

ken zu. Hauptgrund für das Beitragswachstum sind die höheren Transfers an die Sozialwerke. Zur Ausgabensteigerung bei den laufenden Ausgaben tragen ferner die Passivzinsen (infolge der zunehmenden Schulden des Bundes) und die Personalausgaben bei. Letztere sollen sich im kommenden Jahr um 2,6 Prozent auf 4,6 Mrd. Franken erhöhen. Dafür verantwortlich sind höhere Personalbezüge und Leistungen an die Personalvorsorge, insbesondere wegen vorzeitiger Pensionierungen. Personalaufstockungen im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement im Rahmen der Effizienzvorlage (Kampf gegen organisierte Kriminalität) fallen ebenfalls ins Gewicht.

Gut ein Zehntel des Bundesbudgets entfällt auf Investitionen. Sie sollen um 0,8 Prozent zunehmen. Gründe dafür sind höhere Darlehen an die SBB und die Investitionsfinanzierung im kombinierten Verkehr. Die Investitionen des Bundes im volkswirtschaftlichen Sinn liegen eigentlich höher als die ausgewiesenen Investitionsausgaben. So werden zum Beispiel die Aufwendungen für Bildung und Forschung den laufenden Ausgaben zugerechnet. Nach volkswirtschaftlichen Kriterien haben sie aber Investitionscharakter.

### Einnahmenseite: Rückkehr zur Realität

Bei den Einnahmen muss der Bund zurückbuchstabieren: Er budgetiert für 2004 einen „Rückgang“ um 5,7 Prozent gegenüber dem allgemein anerkannten zu optimistischen Voranschlag 2003. Gegenüber der Rechnung 2002 ergibt sich ein leichter Zuwachs, so dass eher von einer realistischen Einnahmenschätzung statt einem Einbruch gesprochen werden muss (vgl. Tabelle/Grafik Anhang 3). Diese erfolgte Korrektur ist vor allem auf der Rückstufung von 6,2 Prozent bei den *Fiskaleinnahmen*, die 93 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachen, zurückzuführen. Bei den Fiskaleinnahmen wiederum sind es die direkte Bundessteuer und die Verrechnungssteuer, welche mit erwarteten Ertragsrückstufungen von 11,5 respektive 30,5 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2003 dem Bundeshaushalt klare Grenzen setzen. Dennoch soll die direkte Bundessteuer zwei Prozent und die Verrechnungssteuer 3,3 Prozent mehr einbringen als in der Rechnung 2002. Vorsichtig veranschlagt werden auch die Stempelabgaben, deren Ertrag im Vergleich zum Budget 2003 um 9,1 Prozent sinkt, gegenüber der Rechnung 2002 aber immerhin um 6,4 Prozent zulegen soll.

Gründe für die enttäuschten Budgeterwartungen sind bei der direkten Bundessteuer die stark gesunkenen Gewinne der juristischen Personen. Die grosse Variabilität der Erträge aus der Verrechnungssteuer ist mit den beträchtlichen Schwankungen der Bemessungsgrundlage dieser Abgabe zu erklären. Es ist schwer vorhersehbar, wie

sich Dividendenzahlungen und Zinsniveau entwickeln. Die Stempelsteuer hängt entscheidend vom Börsengang ab. Der Voranschlag 2004 geht von einer verhaltenen Börsenentwicklung aus. Sämtlichen drei oben besprochenen Abgaben ist gemeinsam, dass sie stark von den Finanzmärkten abhängig sind. Die vorgängige Aufblähung hat nun einer Schrumpfung Platz gemacht. Die Mehrwertsteuer – mit 36,9 Prozent die wichtigste Einnahmenquelle des Bundes – steht im Zeichen konjunktureller Bremsspuren. Im Vergleich der Budgets 2004/2003 soll der Ertrag stagnieren, gegenüber der Rechnung 2002 aber dennoch um fünf Prozent zunehmen.

Bei anderen, nicht fiskalischen Einnahmen sind 3,4 Mrd. Franken bzw. 7,1 Prozent der Gesamteinnahmen veranschlagt. Einen Aufwärtstrend verzeichnen die Regalien und Konzessionen. Unter diesem Posten werden unter anderem die Gewinnablieferungen der Schweizerischen Nationalbank und der Anteil des Bundes am Reingewinn der Alkoholverwaltung verbucht. Der Bund wird im Jahr 2004 zum ersten Mal in den Genuss eines Teils der Einkünfte aus den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank kommen. Das deutliche Plus bei den Investitionseinnahmen ist in erster Linie auf die Rückzahlung von Darlehen zurückzuführen, die 2002 im Rahmen der Milchkrise gewährt wurden. Der Rückgang um 1,55 Mrd. Franken gegenüber der Rechnung 2002 erklärt sich hauptsächlich aus der Rückzahlung der letzten Darlehensrate durch die Arbeitslosenversicherung im Jahre 2002 und der im selben Jahr erfolgten Nennwertsenkung bei den Swisscom-Aktien, was dem Bund unerwartete Mehreinnahmen bescherte.

### Budget und Entlastungsprogramm 2003

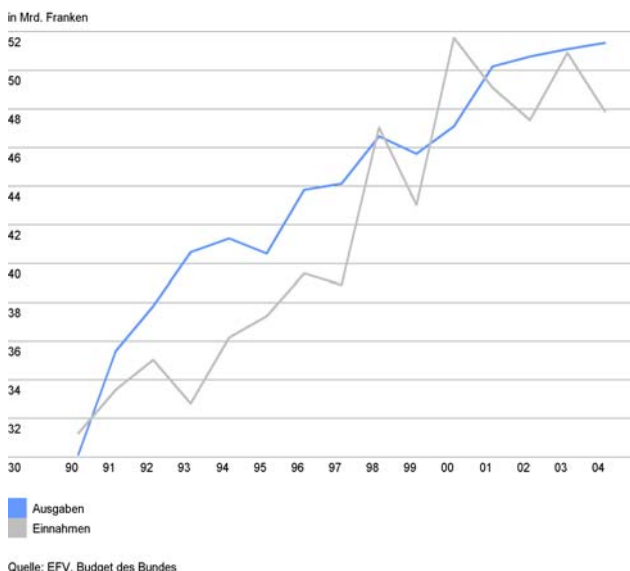
Die ungünstige Ausgabenentwicklung bis 2007 und realistischere Einnahmenschätzungen zwingen den Bund zu einschneidenden Massnahmen. Wird der Ausgabenzuwachs nicht gedämpft, droht bis 2006 ein Defizit von 5 bis 6 Mrd. Franken. Im Voranschlag 2004 wird ein strukturelles Defizit in der Höhe von 3 Mrd. Franken zugelassen. Die Einführung der Schuldenbremse kann deshalb nicht auf der Basis eines strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalts erfolgen. Eigentlich würde die Schuldenbremse verlangen, diese Lücke bereits mit dem Budget 2004 zu beseitigen.

Der Bundesrat entschied sich für einen schrittweisen Abbau der Defizite bis zum Voranschlag 2007, um die schwache Konjunktur nicht zusätzlich zu belasten. Er schnürte ein umfangreiches Sanierungspaket, das so genannte Entlastungsprogramm 2003 (EP 03). Es hat ein Volumen von knapp 3,3 Mrd. Franken. Zwar betont der Bundesrat, dass mit dem EP 03 das durchschnittliche jährliche Ausgabenwachstum auf 1,1 Prozent, also etwa die erwartete Teuerung, gesenkt werden könne. Dabei klammert er jedoch die Sonderausgaben für die IV, finanziert durch eine Mehrwertsteuererhöhung um 0,8 Prozent, aus. Das EP 03 führt somit insgesamt nicht zu einem echten Einschnitt, sondern lediglich zu einer Verlangsamung des masslosen Ausgabenwachstums. Klar ersichtlich wird dies bei der Sozialen Wohlfahrt, wo das durchschnittliche jährliche Ausgabenwachstum 2002 bis 2006 von rund fünf auf immer noch gegen vier Prozent zurückgleitet, was weiterhin ein substantielles reales Wachstum bedeutet.

Das EP 03 dürfte zusammen mit dem Voranschlag für das kommende Jahr in der Wintersession 2003 der eidgenössischen Räte verabschiedet werden. Angesichts der Referendumsmöglichkeit kann das EP 03 erst 2005 endgültig in Kraft treten. Im Rahmen seiner Budgethoheit kann das Parlament aber bei vielen Massnahmen eine bereits mit dem Voranschlag 2004 einsetzende Vorwirkung beschliessen.

Das Sparvolumen des EP 03 genügt nicht, um das Haushaltsgleichgewicht zu erreichen. Es bleibt eine Sanierungslücke von mindestens 2,5 Mrd. Franken bestehen. Ein Anschlussprogramm zum EP 03 soll den Haushalt ab 2007 um diesen Betrag zusätzlich entlasten. Der Bundesrat will im 1. Quartal 2004 im Bericht zum Legislaturfinanzplan 2003 bis 2007 im Einzelnen darlegen, mit welchen Massnahmen er die Lücke schliessen will. Konkrete Vorschläge, wie die Ausgaben in den Griff zu bekommen sind, enthält das Ausgabenkonzept von economiesuisse. Auch im Parlament sind konkrete Vorstösse pendent: die Interpellation Schweiger/Löpfe zur umfassenden Sanierungsstrategie von Bundeshaushalt und der Sozialwerke, die Interpellation Merz/Zuppiger zur ausgabenseitigen Erweiterung

### Bundesfinanzen: Entwicklung gemäss Voranschlag



des Entlastungsprogramms, die Motion Favre/Schweiger über Strukturreformen aus Sicht der Finanzpolitik und schliesslich das Postulat Imfeld/Bürgi zur Prüfung von längerfristigen Reformen. Deren Umsetzung würde eine Stabilisierung der Ausgaben auf die Teuerung ermöglichen. Auf Steuererhöhungen, auch der Mehrwertsteuer, soll nach Ansicht des Verbands der Schweizer Unternehmen jedoch verzichtet werden. Eine Heraufsetzung der Mehrwertsteuer würde zum einen den Konsum dämpfen, zum anderen könnten in der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftslage viele Unternehmen die Steuererhöhung nicht überwälzen, sie bliebe an ihnen hängen. Negative Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft wären die Folge.

#### Kommentar

Die Erwartung, mit einer strukturell ausgeglichenen Bundesrechnung die Ära der Schuldenbremse in Angriff nehmen zu können, ist durch realistischere Schätzungen der Einnahmen zunichte gemacht worden. Der Bund lebt über seine Verhältnisse. Das Entlastungsprogramm 2003 (EP 03) soll Abhilfe schaffen. Trotzdem bleibt eine bedeutende Sanierungslücke. Zumindes gilt es, dass das Parlament die Sparvorgabe des Bundesrats einhält. Auch diese ist jedoch ungenügend, wie etwa die weitgehende Schonung des grössten Ausgabentreibers, der Sozialen Wohlfahrt, verdeutlicht. Im Voranschlag 2004 verzeichnet diese ein ungebremstes Ausgabenwachstum, sogar ohne die im Posten Finanzen und Steuern versteckten zweckgebundenen Mittel aus dem AHV-Mehrwertsteuerprozent. Nachvollziehbar ist das höhere finanzielle Engagement des Bundes im zukunftssträchtigen Bereich Bildung und Grundlagenforschung. Jedoch ist auch in diesem Bereich Mass gefragt und eine effiziente Mittelverwendung notwendig. Damit kann das Wachstumspotenzial der Schweiz langfristig gestärkt werden.

Zur Schliessung der verbleibenden Sanierungslücke muss die Haushaltsdisziplin noch verstärkt werden. Zu diesem Zweck will der Bundesrat ein Anschlussprogramm zum EP 03 ausarbeiten. Wo konkret Strukturreformen angegangen werden sollen, legt das Ausgabenkonzept von *economiesuisse* dar. Es strebt eine reale Stabilisierung der Ausgaben an, wie sie auch die eidgenössischen Räte verbindlich verlangen. Ferner zeigt es auf, dass Solidarität nicht unbedingt über höhere Steuern erfolgen muss. Es ist auch möglich, auf unnötig gewordene Staatsleistungen zu verzichten oder bei weniger dringlichen Aufgaben mit Mass vorzugehen.

*Ernst Raths*

## Anhang 1

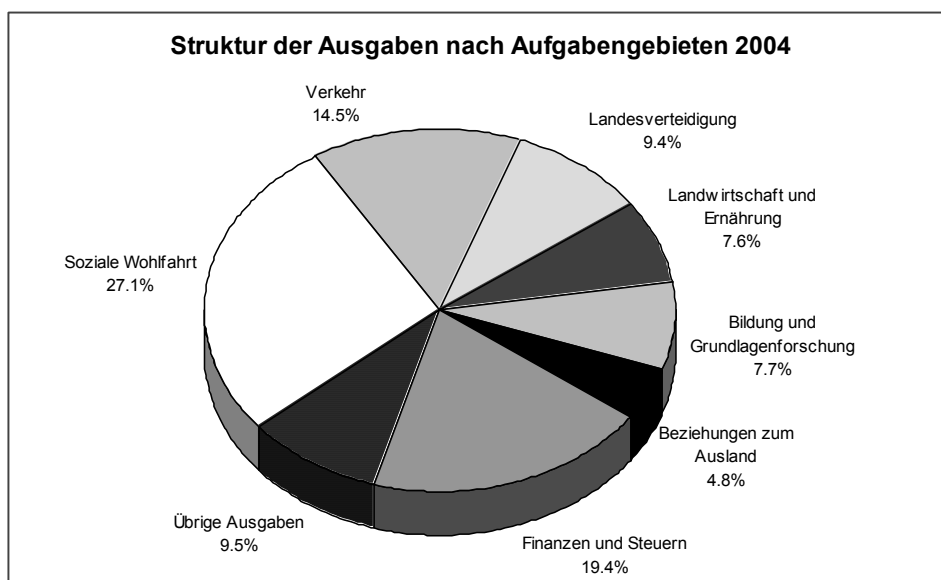
### Ausgaben nach Aufgabengebieten

In Millionen Franken

Aufgabengebiet	V 2004	V 2003	R 2002	V 04/V 03 (%)
Soziale Wohlfahrt	13'938	13'346	12'797	4,4
Verkehr	7'458	7'437	8'091	0,3
Landesverteidigung	4'828	4'760	4'788	1,4
Landwirtschaft und Ernährung	3'918	3'903	4'067	0,4
Bildung und Grundlagenforschung	3'957	3'840	3'615	3,0
Beziehungen zum Ausland	2'484	2'418	2'385	2,7
Finanzen und Steuern	9'962	10'437	9'773	-4,6
Übrige Ausgaben	4'865	4'961	5'206	-1,9
<b>Total</b>	<b>51'410</b>	<b>51'102</b>	<b>50'722</b>	<b>0,6</b>

V = Voranschlag

R = Rechnung





## Anhang 2

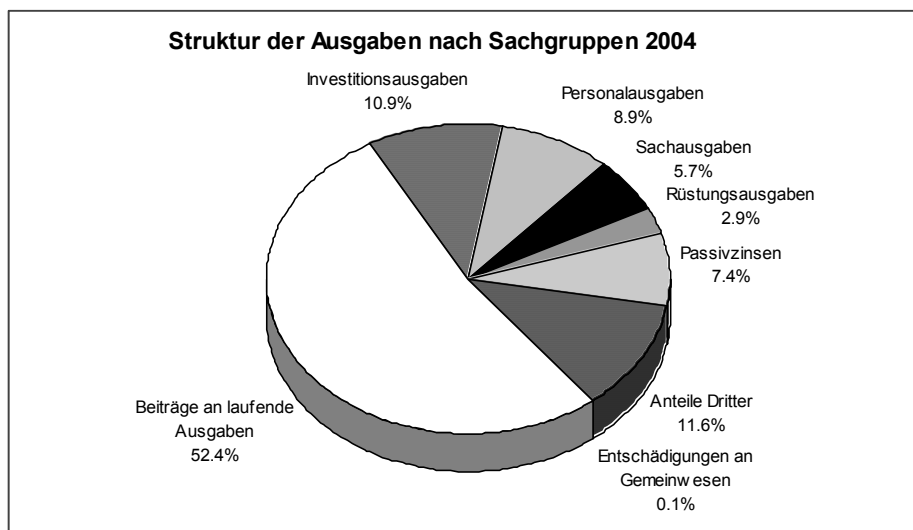
## Ausgaben nach Sachgruppen

In Millionen Franken

Sachgruppen	V 2004	V 2003	R 2002	V 04/V 03 (%)
<b>Laufende Ausgaben</b>	45'818	45'554	43'920	0,6
Personalausgaben	4'580	4'465	4'307	2,6
Sachausgaben	2'952	3'069	2'963	-3,8
Rüstungsausgaben	1'506	1'475	1'590	2,1
Passivzinsen	3'823	3'662	3'764	4,4
Anteile Dritter	5'939	6'533	5'804	-9,1
Entschädigungen an Gemeinwesen	67	67	68	0,0
Beiträge an laufende Ausgaben	26'953	26'283	25'424	2,5
<b>Investitionsausgaben</b>	5'592	5'548	6'802	0,8
Investitionsgüter	576	518	564	11,2
Darlehen und Beteiligungen	449	293	1'254	53,2
Investitionsbeiträge	4'566	4'737	4'984	-3,6
<b>Total</b>	51'410	51'102	50'722	0,6

V = Voranschlag

R = Rechnung



## Anhang 3

## Einnahmen des Bundes

In Millionen Franken

<b>Einnahmen</b>	<b>V 2004</b>	<b>V 2003</b>	<b>R 2002</b>	<b>V 04/V 03 (%)</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	44'519	47'438	42'842	-6,2
Direkte Steuern	14'264	16'957	13'946	-15,9
Direkte Bundessteuer	11'550	13'050	11'318	-11,5
Verrechnungssteuer	2'714	3'907	2'628	-30,5
Indirekte Steuern	30'255	30'481	28'896	-0,7
Stempelabgaben	3'000	3'300	2'819	-9,1
Mehrwertsteuer	17'700	17'700	16'857	0,0
Tabaksteuer	1'836	1'735	1'653	5,8
Verkehrsabgaben	963	1'044	1'067	-7,8
Einfuhrzölle	1'075	1'025	1'049	4,9
Mineralölsteuern	4'955	4'940	4'812	0,3
Übrige Fiskaleinnahmen	726	737	639	-1,5
<b>Andere Einnahmen</b>	3'425	3'418	4'563	0,2
Regalien/Konzessionen	1'229	1'027	715	19,7
Vermögenserträge	903	1'164	1'005	-22,4
Entgelte	1'128	1'107	1'127	1,9
Investitionseinnahmen	165	120	1'716	37,5
<b>Total (1)</b>	47'944	50'856	47'405	-5,7

V = Voranschlag

R = Rechnung

1) Ohne Verkaufserlöse Swisscom-Aktien

